

**BRIEF AUS BERLIN – NR. 5/2014****Inhalt**

- + Vorwort
- + Zur Lage in der Ukraine
- + Optionszwang/Doppelte Staatsbürgerschaft
- + TTIP
- + Faire Praktika
- + Mehr Zeitsouveränität für Männer und Frauen
- + Green-Tech-Atlas
- + Eingliederungshilfen für Kommunen
- + Besuch aus dem Wahlkreis in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

die letzte Sitzungswoche war wieder vielfältig und voll gepackt mit spannenden und wichtigen Themen. So beschäftigte sich der Deutsche Bundestag u. a. im Rahmen einer Regierungserklärung mit der aktuellen Lage in der Ukraine. Auch für uns Sozialdemokraten wichtige Themen wie der Optionszwang, die Freihandelszone oder Zeitsouveränität zur Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben waren Bestandteil von Debatten im Plenum.



Aber auch auf EU-Ebene tat sich diese Woche einiges: In Brüssel schlug die Europäische Kommission einen Qualitätsrahmen für Praktika vor; der Bereich also, für den ich als Berichterstatter in der SPD-Bundestagsfraktion verantwortlich bin.

Das SPD-geführte Bundesumweltministerium unter Barbara Hendricks legt aktuell den Green-Tech-Atlas neu auf und ich hoffe, dass sich auch viele Unternehmen aus meinem Wahlkreis eintragen. Für Entlastung der Kommunen im Rheingau, Untertaunus und Limburg wird die Eingliederungshilfe für Kommunen sorgen.

Und zu guter Letzt berichte ich vom Besuch einer 50-köpfigen Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis, die sich vier Tage lang im „politischen Berlin“ aufhielt und u. a. auch bei mir im Deutschen Bundestag zu Gast war.

Wie immer wünsche ich eine spannende Lektüre und ein angenehmes Wochenende. Gerne nehme ich auch Anregungen zum „Brief aus Berlin“ und meiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter entgegen.

Martin Rabanus

Mitglied des Deutschen Bundestags

Zur Lage in der Ukraine



Danke für die hervorragende Arbeit von unserem Außenminister Frank-Walter Steinmeier! Die dramatischen Entwicklungen in der Ukraine, insbesondere auf der Halbinsel Krim, haben zu einer schweren Krise in Europa geführt. Offenbar hat Europa viel zu lange unterschätzt, dass Rußland sich bedrängt fühlen könnte, wenn alle Anrainerstaaten zu Europa gehören würden. Wir schauen deshalb mit größter Sorge auf die Ereignisse. Die Bundesregierung und insbesondere Außenminister Steinmeier, tun alles, um einen militärischen Konflikt zu verhindern. Daher unterstütze ich auch ausdrücklich die Erklärung des SPD-Parteivorstandes zum Konflikt zwischen der Ukraine und Rußland, den wir Ihnen und Euch im folgenden ausschnittsweise darstellen:

1. „Die jüngsten dramatischen Entwicklungen auf der ukrainischen Halbinsel Krim haben zur schwersten Krise in Europa seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes geführt. 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges und der Überwindung der Block-Konfrontation ist die Gefahr einer erneuten Spaltung Europas real. Europa steht gefährlich nahe an der Schwelle zu einer militärischen Auseinandersetzung. Wer diesen Konflikt weiter schürt, gefährdet den Frieden in Europa und riskiert eine Krise, deren Folgen weit über Europa hinausreichen würden. Hundert Jahre nach Beginn des ersten Weltkrieges muss gelten: militärische Gewalt darf nie wieder Mittel der Politik werden. (...)
2. Das russische Vorgehen in Bezug auf die Krim ist inakzeptabel und mit dem Völkerrecht nicht vereinbar. (...) Die militärischen Drohgebärden müssen ein Ende haben. Das staatliche Gewaltmonopol der Ukraine muss wieder hergestellt werden. Russland ist aufgefordert, die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren und alles zu unterlassen, was Abspaltungstendenzen auf der Krim befördert. Wir rufen die russische Führung auf, das internationale Völkerrecht und die bestehenden internationalen Abkommen und bilateralen Verträge zwischen Russland und der Ukraine zu achten. Die zusätzlich in die Region entsandten russischen Truppen müssen zurückgezogen werden. Wir appellieren an die russische Führung, in direkte



Gespräche mit der legitimen, aus der Mitte des ukrainischen Parlaments hervorgegangenen Regierung der Ukraine einzuwilligen. (...)

3. Am 21.02.2014 haben die Außenminister des Weimarer Dreiecks in einem schwierigen Verhandlungsprozess eine Vereinbarung zwischen der damaligen ukrainischen Führung und der Opposition vermittelt, mit der es gelungen ist, die Eskalation der Gewalt zu stoppen und weiteres Blutvergießen zu verhindern. (...) Die neue ukrainische Führung muss sich an diesen Prinzipien orientieren: Es gilt eine inklusive Regierung zu bilden. Die Rechte nationaler Minderheiten müssen geachtet und aktiv geschützt werden. Eine neue Verfassung, die die Rechte der jeweiligen Opposition wahrt, muss erarbeitet, und freie und faire Präsidentschaftswahlen müssen vorbereitet werden. (...) Die Ereignisse auf dem Maidan im Februar 2014, die zu mehr als 80 Toten und vielen hundert Verletzten geführt haben, müssen aufgearbeitet, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. (...)

4. Angesichts der unübersichtlichen Situation auf der Krim muss es jetzt zunächst darum gehen, durch Beobachter, die von allen Seiten als legitim anerkannt werden, eine objektive Einschätzung der Lage in der Region zu gewinnen, auch um zu verhindern, dass die Situation durch gezielte Desinformation weiter destabilisiert wird. (...) Eine friedliche Lösung der Krim-Krise kann nur auf dem Wege von Verhandlungen erreicht werden. Sollte dies nicht gelingen, haben die europäischen Staats- und Regierungschefs gestufte Maßnahmen der Europäischen Union angekündigt. Umso dringlicher stellt sich die Notwendigkeit, auf dem Verhandlungswege jetzt Erfolge zu erzielen. (...)"

Quelle:

http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/116872/20140310_erklaerung_pv_ukraine_russland.html

Optionszwang/Doppelte Staatsbürgerschaft

Wir haben im Koalitionsvertrag mit CDU/CSU vereinbart, Kindern von Zuwanderern die doppelte Staatsangehörigkeit zu gewähren, sofern sie in Deutschland geboren und auch hier aufgewachsen sind. Dort heißt es: „Zuwanderer sollen Staatsbürger werden. Wer in Deutschland geboren und



aufgewachsen ist, soll seinen deutschen Pass nicht verlieren und keiner Optionspflicht unterliegen.“
Wir Sozialdemokraten hätten uns das auch für langjährig in Deutschland lebende erwachsene Ausländer gewünscht, aber mehr war mit der Union zum jetzigen Zeitpunkt nicht umzusetzen.

Diese doppelte Staatsbürgerschaft ist aber dennoch ein ganz wesentlicher Meilenstein für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht. Wir können stolz darauf sein, dass wir Sozialdemokraten sie in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt haben. Wie in anderen Politikfeldern auch mussten wir dabei Kompromisse eingehen. Denn Kompromisse sind der Wesenskern einer Koalition. Es muss allen Beteiligten klar sein: Der Koalitionsvertrag ist die Grundlage für das Handeln der Bundesregierung und der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Das Kriterium, dass jemand in Deutschland aufgewachsen sein muss, um die doppelte Staatsbürgerschaft zu erhalten, muss dabei so umgesetzt werden, dass unnötige bürokratische Hürden vermieden werden. Der Gesetzentwurf ist jetzt in der Abstimmung innerhalb der Bundesregierung. Die SPD legt Wert darauf, dass es zu einer vernünftigen, lebensnahen und unbürokratischen Lösung kommt.

Transatlantische Investitionspartnerschaft (TTIP)

Ein Weiteres Thema der vergangenen Sitzungswoche im Deutschen Bundestag war der aktuelle Stand der Verhandlungen zur Transatlantischen Investitionspartnerschaft TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Bei dieser Partnerschaft handelt es sich um ein Freihandelsabkommen, das neben den USA und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auch weitere Staaten wie etwa Kanada, Mexiko, die Schweiz, Lichtenstein, Norwegen und Island einbeziehen soll.

Ein solches Freihandelsabkommen birgt große Chancen: Durch den vereinfachten Zugang zu Märkten, den Abbau von Zöllen und die Angleichung und Harmonisierung von Industrienormen können für Unternehmen Kosten gespart und Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Resultat: Wachsender Wohlstand und höhere Lebensqualität für alle Beteiligten.

Doch gibt es zu dem TTIP derzeit große Diskussionen zwischen politischen Institutionen, Sozialpartnern, Verbänden und vielen weiteren Akteuren um dessen Ausgestaltung. Daher halte ich



es für besonders wichtig, sich nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen, sondern Standards, die sich in der Vergangenheit bestens bewährt haben zu schützen und in konstruktiven und transparenten Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen gemeinsam weiter auszubauen. So dürfen EU-Standards zum Beispiel im Bereich des Verbraucherschutzes in keinem Falle unterschritten werden, zumal sie sich in der Vergangenheit als krisenfest bewährt haben. Über den weiteren Ablauf in dieser Angelegenheit werde ich zukünftig unterrichten.

Neue EU-Leitlinien für faire Praktika

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich in Brüssel auf einen Qualitätsrahmen für Praktikumsstellen geeinigt. Die Leitlinien der Europäischen Kommission sehen vor, dass bereits vor Antritt des Praktikums die genauen Bedingungen wie Bezahlung, Arbeitszeiten, Betreuung und Lernziele schriftlich in einem Vertrag zwischen Praktikanten und Arbeitgebern festgelegt werden. Damit werden Praktikanten künftig vorab umfassend informiert.

Ich begrüße die Stärkung der Rechte junger Berufsanfänger. Denn junge Menschen in Europa sollen durch Praktika Arbeitserfahrungen sammeln – und zwar unter sicheren und gerechten Bedingungen. Dabei dürfen sie eben nicht als unbezahlte oder billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden wie das leider noch viel zu häufig in der Realität der Fall ist. Praktikanten leisten in der Regel bereits qualitativ gute Arbeit, die auch entsprechend anerkannt werden muss. Hier setzen auch unsere Überlegungen zum Mindestlohn an. Mit ihren Leitlinien für faire Praktika trägt die EU-Kommission der signifikanten Bedeutung von Praktika auf dem Arbeitsmarkt Rechnung. Laut einer Eurobarometer-Umfrage von 2013 hat fast jeder zweite Europäer im Alter von 18 bis 35 Jahren ein oder mehrere Praktika absolviert. Praktika und praktikumsähnliche Beschäftigungsverhältnisse wie Hospitanzen, Trainee-Programme oder Volontariate, haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer der wichtigsten Einstiegsarten in das Arbeits- und Berufsleben entwickelt. Daher müssen wir hier für gute Rahmenbedingungen sorgen.

Gleiche Chancen für Frauen und Männer



Zum Ende der Sitzungswoche beschäftigte sich der Bundestag auch mit dem Thema Zeitsouveränität für Männer und Frauen. Dieses zunächst etwas abstrakt anmutende Thema nimmt jedoch die Schlüsselressource Nummer eins in den Blick, nämlich Lebenszeit. Nach den Ergebnissen des

Ersten Gleichstellungsberichtes ist diese zwischen Männern und Frauen extrem ungleich aufgeteilt, wodurch Frauen und besonders alleinerziehende Mütter, in der Gestaltung ihrer Lebens- und Erwerbsverläufe massiv benachteiligt werden. Damit Frauen und Männer in unserer Gesellschaft die gleichen Chancen haben, brauchen wir eine solide Gleichstellungspolitik. Dazu gehört auch, mehr Zeitsouveränität zu schaffen. Das kann sich auf den gesamten Lebensverlauf – insbesondere von Frauen – positiv auswirken.

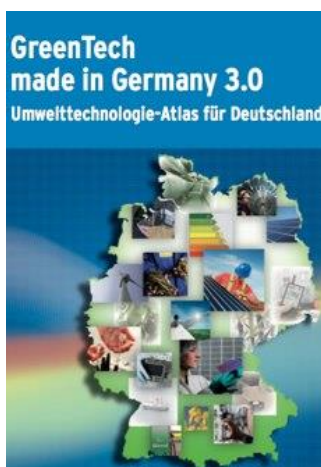
Dank guter Verhandlungen im Koalitionsvertrag durch unsere Familienministerin Manuela Schwesig, konnte die Union „eingefangen“ und in dieser Woche ein gemeinsamer Antrag mit der Union mit folgendem Inhalt auf den Weg gebracht werden:

- „ElterngeldPlus“ für mehr Partnerschaftlichkeit in der Erziehung.
- Eine 10tägige Auszeit (bei Lohnausgleich), wenn kurzfristig eine Pflegesituation eintritt.
- Weiterentwicklung des Rechts auf Teilzeit und Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit.
- Eine bessere Unterstützung alleinerziehender Väter und Mütter.
- Die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen und wichtigen Gremien.
- Ein Abbau der Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern.
- Und nicht zu Letzt auch die Entwicklung familienfreundlicherer Arbeitszeitmodelle.

An all diesen Punkten arbeiten wir bereits seit Jahren intensiv und kontinuierlich. Wir werden in der Koalition dafür sorgen, dass die genannten Punkte zeitnah in praktische Politik umgesetzt werden.

Gleichstellung tut unserem Land gut! Sie ist nicht allein eine Frage der Gerechtigkeit, sondern unerlässlich für eine moderne und zukunftsfähige Gesellschaft. Deshalb werden wir weiterkämpfen für Lohngerechtigkeit, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Frauen in Führungspositionen!

Neuaufgabe des Green-Tech Atlas



Die Branche der Umwelttechnologien befindet sich seit einiger Zeit auf dynamischem Wachstumskurs. Der Weltmarkt für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz wird sich bis 2025 mehr als verdoppeln. Insbesondere die deutschen Anbieter spielen bei dieser dynamischen Entwicklung eine herausragende Rolle.

Vor diesem Hintergrund arbeitet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMU) unter der SPD-Ministerin Dr. Barbara Hendricks an einer Neuaufgabe des GreenTech-Atlas. Dieser zeichnet ein aktuelles und umfassendes Bild der deutschen Unternehmenslandschaft und ihrer Leistungsfähigkeit bei grünen Technologien. Dem Bericht zu Folge werden grüne Technologien bis zum Jahr 2025 etwa ein Fünftel zum deutschen Bruttoinlandsprodukt beitragen. Insbesondere die Innovationskraft und die starke Stellung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland bei Umwelttechnik und Ressourceneffizienz bilden die Grundlage dieser andauernden Erfolgsgeschichte. Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind mit einem Anteil von etwa 90% die entscheidenden Träger der GreenTech-Branche.

Ich rufe deshalb alle Unternehmen der Technologiebranche aus meinem Wahlkreis zur Teilnahme an der Neuaufgabe des GreenTech-Atlas auf. Eintragen kann sich jedes Unternehmen bis zum 31. März. Nähere Informationen über das Projekt und die Umfrage finden interessierte Unternehmer unter <http://www.bmub.bund.de/themen/wirtschaft-produkte-ressourcen/wirtschaft-und-umwelt/umwelttechnologie/greentech-made-in-germany-40/>



Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass der Bund die Kommunen weiter finanziell entlastet. Das ist wichtig, um vor allem die finanzschwachen Städte und Gemeinden bei der Bewältigung ihrer kommunalen Aufgaben zu unterstützen. Mit dem Haushalt 2014 sind wir diesem Ziel einen weiteren Schritt näher gekommen: Ab 2014 übernimmt der Bund vollständig die Grundsicherung im Alter mit einer Entlastungswirkung für die Kommunen in Höhe von 5,5 Mrd. Euro jährlich. Außerdem sieht der nun vorgelegte Entwurf des Bundeshaushalts für 2014 eine Aufstockung der Städtebauförderung von 455 auf 700 Mio. Euro vor, darin enthalten ist ein Aufwuchs der Programmmittel „Soziale Stadt“ um 110 Mio. Euro. Dies ist ein großer, für die Gemeinden direkt positiv spürbarer Erfolg sozialdemokratischer Politik.

Im Koalitionsvertrag ist zudem vereinbart, dass die Kommunen zusätzlich im Rahmen der Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes im Umfang von 5 Mrd. Euro jährlich von den Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen entlastet werden. Bis dieses Gesetz erarbeitet ist, werden die Kommunen beginnend mit 2015 bereits um 1 Mrd. Euro zusätzlich jährlich entlastet. Spätestens 2018 soll die Entlastung von 5 Mrd. Euro jährlich wirksam werden, auch dies ist in der Finanzplanung enthalten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird noch vor dem Sommer mit den Vorbereitungen für das Bundesteilhabegesetz beginnen. Mit ihm soll die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiter entwickelt werden, das das Leben von Menschen mit Behinderungen konkret verbessert. Unser Ziel ist es, schon 2017 zu einer höheren Entlastung der Kommunen zu kommen.

Martin Rabanus erhält in Berlin Besuch aus dem Wahlkreis

In der ersten Märzwoche habe ich zum ersten Mal eine 50-köpfige Besuchergruppe in Berlin empfangen. Die vom Bundespresseamt organisierte Fahrt bot den Teilnehmern die Gelegenheit, politische Institutionen wie das Bundeskanzleramt, das Ministerium für Bildung und Forschung oder die hessische Landesvertretung in Berlin zu besichtigen.



Die Besuchergruppe beim gemeinsamen Fototermin in der Reichstagskuppel

Neben politischen Terminen standen auch Besuche im ehemaligen Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen sowie eine Ausstellung zur Geschichte der parlamentarischen Demokratie in Deutschland auf dem Programm.

Besonderes Highlight für die Reisegruppe war ein Besuch des Deutschen Bundestages mit anschließendem Rundgang über die Reichstagskuppel. Dabei nutzte ich auch die Gelegenheit, um sich mit den angereisten Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis über aktuelle politische Themen auszutauschen. Neben dem politischen Austausch zu den Themen Genmais oder dem Ausbau erneuerbarer Energien haben sich auch viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer dafür interessiert, wie ich als Bundestagsneuling im politischen Betrieb Berlins aufgenommen wurde.

„Insgesamt war es eine vielseitige und spannende Fahrt. Sie war toll organisiert und unsere Gruppe war sehr harmonisch. Man blickt nun ganz anders auf die politischen Abläufe in Berlin und lernt die Stadt auch von einer ganz neuen Seite kennen. Ich war wirklich erstaunt, wir nah wir an die Schaltzentralen der Macht herangelassen wurden“, so die Meinung eines Teilnehmers der Fahrt.